



Januar 2010

Dr. Dagmar Enkelmann

Mitglied des Deutschen Bundestages,

Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Auf ein Wort

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Berlin, 1. Januar 2010

Kinder sind keine 60-Prozent-Erwachsenen

Für Anfang 2010 wird mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Frage gerechnet, ob die Hartz-IV-Sätze für Kinder und Jugendliche so ermittelt werden, dass sie der Lebenslage Heranwachsender gerecht werden. Kinder sind keine „kleinen Erwachsenen“, sagen Sozialverbände, das Bundessozialgericht und inzwischen auch die Arbeits- und Sozialminister der Bundesländer. Die gegenwärtige Praxis, für die Kinder einfach einen pauschalen Anteil des Erwachsenen-Regelsatzes zu nehmen, ist eine verfassungswidrige Benachteiligung. Um das zu ändern, brachte DIE LINKE als eine ihrer ersten Initiativen einen entsprechenden Antrag ein (Drs. 17/23). Dessen Kernpunkte: Umgehende Einberufung einer Kommission, die bis Ende 2010 die realen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen ermitteln. Im Vorgriff darauf soll der Regelsatz, wie auch von Wohlfahrtsverbänden verlangt, kurzfristig auf 275 Euro für Kinder unter 6 Jahren, auf 332 für 6-14jährige und auf 358 Euro für über 15-jährige angehoben werden. Mitte Dezember wurde der Antrag der LINKEN abschließend im Plenum debattiert. LINKE und Grüne stimmten für höhere Regelsätze, die Mehrheit von Union und FDP lehnte ab. Im Ausschuss für Arbeit und Soziales hatte die SPD noch gegen den Antrag der LINKEN gestimmt. Diese unsoziale Blöße wollte man sich im Plenum nicht geben. Dort enthielt sich die SPD der Stimme. J.St.

Mit Volldampf voraus...

... geht es für die Fraktion DIE LINKE ins neue Jahr. Unsere Bilanz für 2009 kann sich sehen lassen.

Mit 76 Abgeordneten haben wir personell deutlich dazugewonnen. Damit verbunden ist auch ein Zuwachs an Kompetenz. Darauf lässt sich in diesem Jahr gut aufbauen.

Die erste Herausforderung für unsere Fraktion im Bundestag werden die Haushaltsberatungen im Januar sein. Etwa 40 Milliarden Euro will DIE LINKE zugunsten von Bildung, Beschäftigungspolitik und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme einsetzen. Um das zu finanzieren, wollen wir u.a bei den Ausgaben für Rüstung und Auslandseinsätzen der Bundeswehr kürzen. Und wir bleiben dabei, mit einer Börsenumsatzsteuer und dem Schließen von Steuerschlupflöchern diejenigen zur Kasse zu bitten, die maßgebliche Verantwortung für die Finanzkrise haben.

Die Weihnachtspause tat uns allen gut, wir haben neue Kraft getankt und deswegen gilt es jetzt: mit Volldampf voraus.

Ihre

Bad in Waldfrieden endlich sanieren

Mitte Dezember schlug diese Nachricht hohe Wellen in Bernau: Für die Sanierung des Freibades in Waldfrieden liegen bei der Landesregierung seit längerem 1,2 Millionen Euro ungenutzt herum - wie schön. Immer wieder hatte vor allem DIE LINKE in der SVV Bernau darauf hingewiesen, dass die Anlagen marode sind und man das Bad im wahrsten Sinne des Wortes bald zuschütten könne.

BARNIM-TICKER

Bürgermeister Hubert Handke (CDU) redete sich wiederholt auf die Verantwortung des Landes hinaus. Eine Nachfrage beim Finanzministerium stellte aber klar: Die Stadt müsse sich nur eindeutig zum langfristigen Erhalt des Freibades bekennen und gemeinsam mit dem Land ein Sanierungskonzept umsetzen. Dann könnte die Million fließen. Diese Antwort ließ auch der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN in der SVV endgültig den Kraken platzen: „Der Bürgermeister hat uns lange genug hingehalten. Nun muss damit Schluss sein. Nachdem offenkundig erneut Landesgelder zwar zur Verfügung stehen, von der Stadt aber nicht abgerufen werden, wird die Fraktion DIE LINKE in die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag einbringen, in dem der Bürgermeister aufgefordert wird, mit dem Land eine verbindliche Vereinbarung zur Sanierung des Freibades Waldfrieden abzuschließen und die dafür von Seiten der Stadt notwendigen Gelder in den ersten Nachtragshaushalt einzustellen“, kündigte Enkelmann unmissverständlich an. *J.St.*

Seen sind keine Privatsache

2004, vor gut fünf Jahren, wurde der Wandlitzsee bei Bernau von der Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG) an einen Immobilienhai verkauft. Die 200 Hektar Seefläche kosteten rund 400 000 Euro. Gemeinde und Fischer konnten da nicht mithalten. Die BVVG-Strategie, Gewässer per Privatisierung in klingende Münze umzuwandeln, hat für die Nutzer der Gewässer meist gravierende Nachteile. Beim Wandlitzsee war das exemplarisch zu besichtigen: Die Nutzung des Strandbades kostete die Gemeinde plötzlich 50 000 Euro. Besitzer von Seegrundstücken mussten für ihren Steg bezahlen, um überhaupt Zugang zu See zu haben. So wie die Grundstücksanrainer sind auch Sportler, Fischer und Angler benachteiligt. Mitte Dezember 2009 beschäftigte der Wandlitzsee auch den Bundestag in einer Plenardebatte. Dass viele Seen im Osten nicht mehr gemein-, sondern privatnützig sind, geht auf Geburtsfehler der deutschen Einheit zurück. Einer dieser Fehler ist der „Umgang mit einstigem Volkseigentum“, betonte Dagmar Enkelmann in ihrer Rede zum Tagesordnungspunkt Seenprivatisierung. Das Volkseigentum, so die Abgeordnete, umfasste nicht nur Betriebe und Wohngebäude, sondern auch Seen, Wälder und landwirtschaftliche Flächen. Zunächst verfügte die 1990 von der letzten Volkskammer gegründete Treuhand über dieses Eigentum. Dann ging das entsprechende Treuhandgesetz in den Einigungsvertrag ein: „Damit wurde aus Volkseigentum Bundesvermögen“, erinnerte Enkelmann. Ab 1992 besorgte dann die BVVG den Verkauf von Agrar-, Wald- und Seeflächen - mit dem klaren gesetzlichen Auftrag zur Privatisierung. „Damit muss Schluss sein“, forderte Dagmar Enkelmann in der Debatte. Gegen die Verscherbelung einstigen Volkseigentums wenden sich auch viele Bürgerinnen und Bürger. Eine Petition gegen den Gewässerverkauf durch die BVVG trägt schon rund 84 000 Unterschriften. Der wachsende öffentliche Druck führte dazu, dass die BVVG ein Verkaufsmoratorium bis Ende 2009 verkündete. Wenn dieses endet, soll offenbar die alte Praxis wiederaufgenommen werden, stellte Dagmar Enkelmann im Bundestag klar. DIE LINKE verlangt deshalb zunächst eine Verlängerung des Moratoriums. Zugleich muss der gesetzliche Auftrag der BVVG geändert und eine Möglichkeit geschaffen werden, Seen unentgeltlich an Länder und Kommunen zu übertragen, eingeschlossen die Verpflichtung, die Gewässer in öffentlichem Eigentum zu belassen. Für die Verpachtung der land- und forstwirtschaftlichen Flächen fordert DIE LINKE einen Kriterienkatalog, der agrarstrukturelle, regionale und öffentliche Belange berücksichtigt. Der entsprechende Antrag der LINKEN (Drs. 17/239) wird jetzt in den Ausschüssen beraten. Die Mehrheit wollte dabei die Federführung im Haushaltsausschuss. Das sagt wohl alles. *J.St.*

Klimaschutz – kein Fremdwort in Märkisch-Oderland

Contra Endlager

In den Kommunen gibt es sehr intensive und vor allem konstruktive Aktivitäten zum Schutz des Klimas und des Erhalts unserer natürlichen Ressourcen. DIE LINKE



in Märkisch-Oderland hatte dazu bereits bei Ihrer Ökologischen Konferenz, unter Schirmherrschaft von Dr. Dagmar Enkelmann, in Lebus im Jahr 2008 Grundlagen für eine gemeinsame Strategie auf allen kommunalen Ebenen gelegt. Diese wird nun in Vereinen, kommunalen Gesellschaften, den Agendabeiräten und den gewählten Kommunalvertretungen umgesetzt.

Dass es dabei nicht ohne Partner geht, ist selbstverständlich. Eine große Bedeutung kommt dabei der Vernetzung der Aktivitäten des öffentlichen und privaten Sektors zu. Dieser Impuls ermöglichte es, ein Energiebüro des Landkreises zu eröffnen. Mit dessen Hilfe werden nicht nur die Aktivitäten registriert und „abgeheftet“. Es unterstützt die Erschließung von Fördermitteln und berät dabei, wie am besten zu einem sinnvollen Energiemix zu kommen ist.

In Märkisch-Oderland entfaltet sich dabei schon eine große Vielfalt zur Erzeugung von Energie, besonders die Photovoltaik boomt. Dabei wird die sich bisher abzeichnende Entwicklung der Solarstromerzeugung den Strombedarf einer Stadt wie Strausberg bereits deutlich übersteigen. Die Nutzung von Blockheizkraftwerken, die Regionalisierung der Versorgung sind weitere Maßnahmen, um das Klima mit kommunalen Mitteln wirksam zu schützen. Zugleich zeichnet sich die Möglichkeit einer energieautonomen Region ab.

Zu wenig Augenmerk wird auf die Einsparung von Energie gelegt, obwohl immer noch etwa eine Drittel der erzeugten Energie „verloren“ geht. Reserven gibt es auch im Verkehrssektor, bei der stärkeren Einbeziehung des ÖPNV in die Energiestrategie, der fußläufigen Gestaltung der Städte oder den Ausbau der Fahrradwege, um öffentliche Einrichtungen und Institutionen zu erreichen. Auch der Ausbau der Breitbandversorgung in ländlichen Gebieten kann Verkehr vermeiden und so Energie sparen.

Positiv entwickelt sich die Energie-Effizienz-Region Strausberg. Im kommenden Jahr wird u.a. die zweite Energie-Effizienz-Konferenz sowie die erste Strausberger Energiemesse vom 8. bis 9. Mai 2010 auf dem Gelände des Strausberger Flugplatzes stattfinden.

Dagmar Enkelmann wird – wie die gesamte LINKE in Märkisch-Oderland – in der neuen Wahlperiode ihr Engagement für eine kommunale Energiewende fortsetzen. *B.S.*

Die EU-Kommission bewilligte Vatzenfall vor kurzem 180 Millionen Euro, damit der Stromkonzern die CO₂-Abscheidung und unterirdische Verpressung (CCS) erproben kann – aller Wahrscheinlichkeit nach auch im Oderbruch. Die Brandenburger Landesregierung fordert ihrerseits die Bundesregierung auf, die CCS-Richtlinie der EU nun in nationales Recht umzusetzen. Für die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann sind das keine allzu guten Nachrichten.

MOL-TICKER

Wie schon vor der Wahl erklärt, lehnt sie die unterirdische Einlagerung des Treibhausgases weiterhin ab.

Die Bundestagsabgeordnete unterstützt dabei ausdrücklich den Widerstand der Bürgerinnen und Bürger gegen die Einlagerung von CO₂. Das werde „in unserer Region zu unkalkulierbaren Risiken sowie energie- und regionalpolitisch in eine Sackgasse“ führen, hatte Enkelmann kürzlich gegenüber der Bürgerinitiative (BI) „ContraEndlager“ in einer Mail betont. Sie erklärte auch ihre Bereitschaft, rechtliche Klagen der BI gegen die Einlagerung mit den Möglichkeiten einer Abgeordneten zu unterstützen. Enkelmann weist in dem Zusammenhang darauf hin, dass die EU-Richtlinie die Einlagerung nicht zwingend vorschreibe. Mitgliedsstaaten sei es auch gestattet, ihr ganzes Territorium oder Teile davon für die unterirdische CO₂-Einlagerung zu sperren. Diese Variante müsse auch für die anstehende Umsetzung in der Bundesrepublik in Betracht gezogen werden. *J.St.*

Bernau: Neue Straße muss entlasten

Für Eingeweihte war es schon erstaunlich, als plötzlich der Bernauer Bürgermeister Hubert Handke zum Vorreiter in Sachen Entlastungsstraße wurde.

Die von ihm und dem ehemaligen Landesverkehrsminister Reinhold Dellmann favorisierte Variante stieß aber völlig zu Recht auf erhebliche Kritik. Eine Entlastungsstraße darf nicht zur Belastung werden.

Im konkreten Fall macht es z.B. keinen Sinn, wenn diese an der Börnicker Chaussee endet, wenn in die Gemeinde Panketal neuer Verkehr gelenkt wird oder wenn es erhebliche Auswirkungen auf sensible Ökosysteme gibt. Aufwand und Nutzen sollten ernsthaft geprüft werden, bevor Millionen auch aus dem städtischen Haushalt zur Verfügung gestellt werden. D.E.

TERMINE (AUSWAHL)

4. Januar, 17 Uhr, Neujahrempfang der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Barnim, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde;

5. Januar, 16 Uhr, Ausstellungseröffnung „Barnimer Landschaften in Öl“, Bürgerzentrum, Berliner Str. 17, Bernau;

6. Januar, 14.30 Uhr, Ehrung für Erna Kretschmann zum 9. Todestag, Friedhof, Bad Freienwalde; 19.30 Uhr, Öffentliche Spätsprechstunde, Bürgerzentrum, Berliner Str. 17, Bernau;

8. Januar, 9.30 Uhr, ganztägige Beratung der Parlamentarischen GeschäftsführerInnen der LINKEN, Banzkow; 10. Januar, 9 Uhr, Demonstration zu Ehren von Liebknecht und Luxemburg, Berlin-Friedrichsfelde, Gedenkstätte der Sozialisten;

11. Januar, 15 Uhr, Klausur der Fraktion DIE LINKE, Kongresshalle, Berlin;

13. Januar, 18 Uhr, Sitzung Stadtfraktion DIE LINKE, Treff 23, Breitscheidstr. 43, Bernau;

14. Januar, 10 Uhr, Beratung mit Kreis-Kinder-Jugendring MOL, Seelow; 14 Uhr, Treffen mit AG Senioren, Eberswalde, Bierakademie, Eisenbahnstr. 24, Eberswalde;

18.-22. Januar, Sitzungswoche des Bundestages, Berlin;

25.-29. Januar, Sitzungswoche des Bundestages, Berlin;

31. Januar, 10 Uhr, Offene Worte mit Aurora Lacasa, Treff 23, Breitscheidstr. 43, Bernau;

ADRESSEN

MdB Dr. Dagmar Enkelmann,

Deutscher Bundestag

Am Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 227 78220, -78219, Fax: -76219

E-Mail: dagmar.enkemann@bundestag.de

Barnim:

Wahlkreisbüro Bernau, Bürgerzentrum, Berliner Str. 17, 16321 Bernau b. Berlin

Tel.: 03338 459543, Fax: -459549

E-Mail: wkb-d.enkemann@t-online.de

Märkisch-Oderland:

Wahlkreisbüro Strausberg, „LinksTreff am Tor“, Wallstr. 8, 15344 Strausberg

Tel.: 03341 303984, Fax: 03341 303985

E-Mail: dagmar.enkemann@wk.bundestag.de

www.dagmar-enkemann.de

IMPRESSUM

Vi.S.d.P.: Dr. Dagmar Enkelmann, Team: Dagmar Enkelmann (D.E.), Bärbel Mierau (B.M.), Bernd Sachse (B.S.), Jörg Staude (J.St.), Christine Hempel (Ch) Red.schluss: 22. 12. 2009, Fotos: Wikipedia, wir-klimaretter.de